



verband bernischer burgergemeinden
und burgerlicher korporationen
association bernoise des communes
et corporations bourgeoises

Info-Bulletin Nr. 16



Tavannes

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Organe | 4 |
| Die Präsidentin hat das Wort | 5 |
| Informationen der Geschäftsstelle / Informations du bureau | 6 |
| Hauptversammlung in Tavannes | 6 |
| Regionalversammlungen / Assemblées régionales d'information | 7 |
| Vorstandssitzungen / Séances du comité | 7 |
| Neue Revisorin / Nouvelle vérificatrice des comptes | 7 |
| Mitglieder / Membres | 7 |
| Informationen aus den Regionen / Informations des régions | 8 |
| Association des bourgeoisies du Jura bernois | 8 |
| 34ème Assemblée générale, le 22 septembre 2012 à Courtelary | 8 |
| Bürgergemeinde Rumisberg | 9 |
| Allgemeine Informationen / Informations générales | 10 |
| 68. Generalversammlung des Schweizerischen Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen in Davos; Seminar «Wald und Haftung» | 10 |
| GERES | 10 |
| Bürgerlicher Kindes- und Erwachsenenschutz | 10 |
| La protection de l'enfant et de l'adulte dans les communes bourgeoises | 11 |
| Neues Namens- und Bürgerrecht / Nouveau droit du nom et de cité | 11 |
| Vernehmlassungen | 13 |
| Wichtige Daten / Dates importantes | 16 |
| Mitteilung der Internetadresse / Communication de l'adresse Internet | 16 |
| Stellenangebote der Bürgergemeinden und bürgerlichen Korporationen im Internet | 16 |
| Arbeitsplatzbewertungen | 16 |
| Heraldik | 16 |
| Dank und Ausblick / Remerciements et perspectives | 16 |
| Hauptversammlung in Tavannes vom 5. Mai 2012 | 17 |
| Ansprache von Regierungspräsident Bernhard Pulver | 17 |
| Plädoyer von Hans Georg Nussbaum, Mitglied des Vorstands | 23 |
| Plaidoyer par Hans Georg Nussbaum, Membre du comité | 25 |
| Impressum | 27 |

Organe

| | |
|---------------------------------|---|
| Präsidentin | Vreni Jenni-Schmid, Kappelen |
| Vizepräsident | Ernst Schaad, Oberbipp |
| Vorstand | Rolf Dähler, Bern Markus Engemann, Thun Peter Flück, Unterseen Andreas Grimm, Burgdorf Gino Guerne, Tavannes Monika Gygax, Obersteckholz Hans-Ulrich Kaiser, Leuzigen Rolf Kramer, Magglingen Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen Peter Michel, Bern Paul Mumenthaler, Huttwil Hans Georg Nussbaum, Bern Sylvain Rossel, Prêles |
| Geschäftsstelle | Verband bernischer Bürgergemeinden und burgerlicher Korporationen VBBG Amthausgasse 5, 3000 Bern 7 vbbg@bgbern.ch www.svbk.ch (Kantonalverbände, Bern) |
| Geschäftsführer | Andreas Kohli, E-Mail: andreas.kohli@bgbern.ch |
| Rechnungsführung | Evelyne Banas, E-Mail: evelyne.banas@bgbern.ch |
| Kontrollstelle/Revisoren | Patrick Kocher, Worben (bis 31. Dezember 2012) Céline Oppliger, Tavannes (ab 1. Januar 2013) Manuela Voegeli, Rüegsauschachen |

Die Präsidentin hat das Wort



Liebe Leserin, lieber Leser

«Der beste Weg, die Zukunft voraus zu sagen, ist, sie zu gestalten.»

*Willy Brandt (1913 - 1992)
Deutscher Bundeskanzler (1969 – 1974)*

Bald ist Jahresende: Zeit, um zurück zu blicken, aber auch Zeit, um einen Blick in die Zukunft zu wagen.

Wie den nachstehenden Informationen entnommen werden kann, konnte in diesem Jahr neben den elf kantonalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden eine zwölfte, burgerliche Behörde im Kanton Bern ins Leben gerufen werden. Diese burgerliche Behörde wird ab 1. Januar 2013 ihre Arbeit aufnehmen und ich bin überzeugt, dass hier gute und kompetente Arbeit geleistet werden wird.

Der Vorstand hat sich weiterhin mit dem Projekt GERES, mit HRM 2 und mit der Situation von Klein- und Kleinstkörperschaften beschäftigt. Mit diesen Themen werden wir uns auch im kommenden Jahr zu befassen haben.

Speziell empfehlen möchte ich Ihnen den Bericht über die Auswirkungen des neuen Namens- und Bürgerrechts, das am 1. Januar 2013 in Kraft treten wird. Sie finden diese Ausführungen in deutscher und französischer Sprache unter den Allgemeinen Informationen.

Die Vielfalt und Auswahl der zukünftigen Namensgebung bei der Heirat von Ehegatten sowie ihrer Kinder und dem zu bestimmenden Bürgerrecht werden die Abläufe innerhalb des Zivilstandwesens deutlich erschweren. Davon betroffen sind auch die burgerlichen Registerverantwortlichen, deren Arbeit dadurch nicht erleichtert wird.

Die 2. Lesung der Revision des Kantonalen Waldgesetzes (KWaG) im Grossen Rat wird unser Verband (VBBG) gemeinsam mit den Berner Waldbesitzern (BWB) weiterhin kritisch und interessiert verfolgen.

Im Berichtsjahr wurde der Vorstand von den Regierungsstatthalterämtern Bern-Mittelland und Oberaargau zu zwei Informationsveranstaltungen mit den dort ansässigen Bürgergemeinden und burgerlichen Korporationen eingeladen. Die Themenwahl und die anschliessende Diskussionsrunde haben aufgezeigt, wie wichtig solche Zusammenkünfte sind und dass sie weiterhin gepflegt werden müssen. Die Bedeutung der Bürgergemeinden und der burgerlichen Korporationen in unserem Kanton, ihre Traditionen sowie die übertragenen Aufgaben und Pflichten kamen hier deutlich zum Ausdruck.

An dieser Stelle danken wir bestens den verantwortlichen Organisatoren für die beiden interessanten Veranstaltungen.

In diesem Verbandsjahr durften wir uns erneut auf eine gute Zusammenarbeit abstützen mit

- dem Schweizerischen Verband der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK) und dessen Kantonalverbänden
- der Association des bourgeois du Jura bernois
- dem Verband bernischer Gemeinden (VGB)
- den Berner Waldbesitzern (BWB)
- dem kantonalen Kies- und Betonverband
- dem Kirchgemeindeverband des Kantons Bern.

Solche Verbindungen sind für uns alle wichtig und diese Zusammenarbeit möchten wir auch im kommenden Jahr weiterhin pflegen.

Bereits feiern wir die Sonntage im Advent und in wenigen Wochen steht ein neues Jahr vor der Tür. Advent stammt aus dem Lateinischen «Adventus» und bedeutet Ankunft.

Ein guter Zeitpunkt für einen jeden von uns, bei sich selbst anzukommen und diese besinnliche Zeit im Jahr ohne Hektik zu geniessen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ganz frohe und besinnliche Fest- und Feiertage und einen guten Start ins Jahr 2013!

Ihre Präsidentin:

Vreni Jenni-Schmid

Kappelen, 1. Advents-Sonntag 2012

Informationen der Geschäftsstelle / Informations du bureau

Hauptversammlung in Tavannes

Die Präsidentin, Vreni Jenni-Schmid, begrüßte zur 65. Hauptversammlung in Tavannes 172 Delegierte von 77 Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen, darunter 23 Delegierte aus 9 Burgergemeinden des Berner Jura, 19 Gäste und 10 Vorstandsmitglieder. Gerne erinnert sie sich an das Jahr 1993, als sie in Tavannes in den Verbandsvorstand gewählt wurde! Der Burgergemeindepräsident von Tavannes, Gino Guerne, überbrachte die Grüsse der örtlichen Burgergemeinde und stellte diese kurz vor. Gemeindepresident Pierre-André Geiser freute sich über die Durchführung der Versammlung in Tavannes und orientierte seinerseits über die Einwohnergemeinde.

Alle Geschäfte wurden gemäss Antrag des Vorstandes genehmigt. Als Nachfolgerin von Patrick Kocher wurde als Revisorin für die Amtszeit 2013 bis 2016 Frau Céline Oppliger, Tavannes, gewählt. Unter Traktandum „Plädoyer für die Erteilung des Bürgerrechts“ betonte Hans Georg Nussbaum, Vorstandsmitglied, dass die Burgergemeinden als Personalgemeinden darauf angewiesen sind, ihren Personenbestand regelmässig zu erneuern! Sein Referat findet sich am Schluss.

Unter „Verschiedenes“ informierte die Präsidentin, dass

- es dem Vorstand gelungen ist, neben den elf kantonalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, ein zwölftes, burgerliche Behörde im Kanton Bern zu etablieren;
- das Projekt GERES/ZPV weiter verfolgt wird, insbesondere da ab 2013 mit aufgearbeiteten Bürgerlisten gerechnet werden kann;

- sich eine Arbeitsgruppe mit HRM 2 bzw. mit der entsprechenden Revision der Gemeindeverordnung befassen wird;
- das Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland zu einer Informationsveranstaltung über die Probleme von Klein- und Kleinstkörperschaften einlädt und sich danach eine verbandsinterne Arbeitsgruppe mit der Thematik befassen wird.

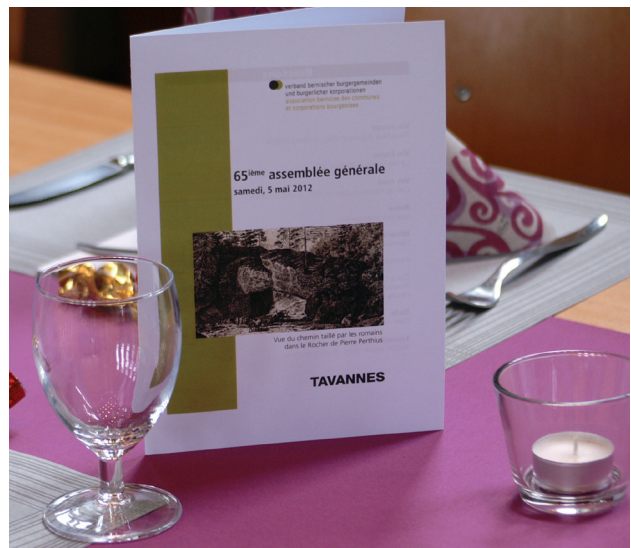
Georges Schmid, Vorstandsmitglied des Schweizerischen Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen, überbrachte die Grüsse des Vorstandes und betonte die Bedeutung der Burgergemeinden, Bourgeoisies, Patriziati u.a. wegen ihrer persönlichen Netzwerke oder ihrer gelebten menschlichen Nähe! Darin besteht seiner Meinung nach die grosse Chance der Körperschaften, denn sie sind echte „social Medias“ und können den Menschen das vermitteln, was in dieser modernen Zeit der anonymen Kontakte unter zu gehen droht. Er übergab der Präsidentin ein Weinpräsent aus seinem Heimatkanton Wallis.

Regierungspräsident Bernhard Pulver äusserte sich in seinem Referat (Text am Schluss) zu Themen, die den Regierungsrat zurzeit beschäftigen, insbesondere zur Zukunft des Berner Juras und zu Gemeindefusionen. Er betonte die ausgezeichneten (!) Beziehungen zu den bernischen Burgergemeinden.

Nach dem präsidialen Schlusswort überreichte der Vizepräsident, Ernst Schaad, der Präsidentin einen Blumenstrauss als kleines Dankeschön für ihr grosses Engagement zugunsten des Verbandes.



Regierungspräsident Bernhard Pulver



Regionalversammlungen

Die Regionalversammlungen wurden am 29. Oktober 2012 in Urtenen-Schönbühl, am 12. November 2012 in Tavannes und am 19. November 2012 in Thun mit folgenden Themen durchgeführt:

- Waldgesetz des Kantons Bern
- Agrarpolitik 2014 bis 2017 (Mehr Informationen unter www.blw.admin.ch/themen)
- Mitteilungen zum neuen Namens- und Bürgerrecht ab 1. Januar 2013 (Text s. Allgemeine Informationen) und zu den Veranstaltungen 2013

Als Referentin und Referenten traten auf:
Franz Weibel, Forstmeister der Burgergemeinde Bern (Urtenen-Schönbühl und Thun)
Kuno Moser, Oberförster der Burgergemeinde Biel (Tavannes)
Henriette von Wattenwyl, Leiterin Zentrale Dienste der Burgergemeinde Bern

Anzahl Teilnehmende
Urtenen-Schönbühl:
149 Delegierte aus 55 Burgergemeinden
Tavannes:
37 Delegierte aus 19 Burgergemeinden
Thun:
88 Delegierte aus 33 Burgergemeinden

Assemblées régionales d'information

Les assemblées régionales d'information se sont déroulées le 29 octobre 2012 à Urtenen-Schönbühl, le 12 novembre 2012 à Tavannes et le 19 novembre 2012 à Thoun et ont porté sur les thèmes suivants:

- Loi cantonale sur les forêts
- Politique agricole 2014 – 2017 (cf. www.ofag.admin.ch/thèmes)
- Informations sur le nouveau droit du nom et de cité (cf. texte sous «Informations générales») et les dates importantes 2013

Etaient présents comme intervenante et intervenants:
Franz Weibel, chef du service forestier de la Bourgeoisie de Berne (Urtenen-Schönbühl et Thoun)
Kuno Moser, chef d'exploitation/ingénieur forestier de la Bourgeoisie de Bienne (Tavannes)
Henriette von Wattenwyl, cheffe des services centraux de la Bourgeoisie de Berne

Nombre de participants
Urtenen-Schönbühl:
149 délégués de 55 Communes bourgeoises
Tavannes:
37 délégués de 19 Communes bourgeoises
Thoun:
88 délégués de 33 communes bourgeoises

Vorstandssitzungen

Der Vorstand setzte sich an vier Sitzungen unter anderem mit 12 Vernehmlassungen auseinander. Zu folgenden Vorlagen wurden Stellungnahmen (Texte s. Allgemeine Informationen) ausgearbeitet:

- Kantonales Waldgesetz (KWaG); Änderung
- Berner Holzförderungsfonds (BHFF); Revision
- Gemeindeverordnung/GV: Einführung von HRM2
- Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden (FHDV): Einführung von HRM 2
- Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (SStG)

Die Sommersitzung fand am 17. August 2012 auf Einladung der örtlichen Burgergemeinde in Thunstetten bzw. Bützberg statt.

Séances du comité

A l'occasion de quatre séances, le comité a, entre autres, examiné 12 consultations. Des prises de position ont été élaborées pour les projets suivants (cf. textes sous «Informations générales»):

- Loi cantonale sur les forêts (LCFo); Modification
- Berner Holzförderungsfonds (BHFF); Révision
- Ordonance sur les communes (OCo): Introduction du MCH2
- Ordonance de Direction sur la gestion financière des communes (ODGFCo): Introduction du MCH2
- Loi sur le statut particulier du Jura bernois et sur la minorité francophone du district bilingue de Bienne (LStP)

La séance d'été s'est tenue le 17 août 2012 à l'invitation de la bourgeoisie locale à Thunstetten resp. à Bützberg.

Neue Revisorin / Nouvelle vérificatrice des comptes

Céline Oppliger ist verheiratet, Mutter von zwei kleinen Knaben, Burgerin von Tavannes. Sie ist Sekretärin und Kassiererin der Association du Jura bernois seit 2010. Sie arbeitet (teilzeit) in Tavannes. Céline Oppliger ersetzt Patrick Kocher, Worben. Ihr Mandat dauert von 2013 bis 2016.

Céline Oppliger est mariée et mère de deux petits garçons. Elle est bourgeoise de Tavannes et secrétaire-caissière de l'association des bourgeoisies du Jura bernois depuis 2010. Elle travaille à temps partiel. Céline Oppliger remplace Patrick Kocher, Worben. Son mandat durera de 2013 jusqu'à 2016.

Mitglieder / Membres

Der Verband zählt 250 Mitglieder.
L'association compte 250 membres.

Informationen aus den Regionen / Informations des régions

Association des bourgeoisies du Jura bernois

Composition du comité pour 2011 - 2012

Président

Gino Guerne

Grand-Rue 6, 2710 Tavannes

032 481 17 93

Vice-président

Jean-Philippe Gautier

Les Verrennes, 2607 Cortébert

032 489 30 46

Secrétaire/caissière

Céline Oppliger

Rue du Petit-Bâle 10, 2710 Tavannes

032 481 48 94

Membres

Béat Neukomm

Rue de la Promenade 7, 2732 Reconvilier

032 481 41 93

Stève Garraux

Sous Moron 9, 2735 Malleray

078 878 12 98

Jean-Marc Henriksen

Rière l'Eglise 8, 2606 Corgémont

032 489 23 68

Sylvain Rossel

Vue des Alpes 37, 2515 Prêles

032 315 24 57

34ème Assemblée générale, le 22 septembre 2012 à Courtelary

L'Association a tenu ses assises annuelles à la salle communale de Courtelary. Ouverture des débats par le président, Gino Guerne. M. le Maire de Courtelary, Otto Borruat, gratifie l'audience d'un extrait de conférence à laquelle il a assisté à propos des bourgeoisies. Il nous informe de la politique d'urbanisation de la localité avec une cinquantaine de nouvelles habitations et une vingtaine à venir. Le président de la bourgeoisie, André Béguelin, nous informe du patrimoine bourgeois.

Après l'approbation du procès-verbal de la dernière Assemblée à Romont BE, le rapport d'activité, bien garni, relate le travail de l'année dans les domaines de l'Administration, les représentations, délégations, comités. Après vérifications, les comptes 2011 / 2012 et le budget 2012 / 2013 sont acceptés sans remarques avec remerciements à la secrétaire/caissière Céline Oppliger.

Sylvain Rossel a donné sa démission du comité. N'ayant trouvé aucun remplaçant, il a donc accepté de terminer son mandat. Serge Jeanguenin, caissier de la bourgeoisie de Courtelary, fonctionnera comme vérificateur des comptes avec Louis Voiblet, caissier de la bourgeoisie de Romont BE.

La bourgeoisie de Bévillard a demandé son adhésion à l'Association, qui a accepté avec plaisir que cette bourgeoisie soit le 21^e membre. Bienvenue!

Les statuts du Forum Interjurassien, après avoir été présentés en séance au mois de juin, ont été acceptés à l'unanimité. Ce oui ne forme pas encore le Forum, mais c'est un signe de solidarité inter-bourgeoise afin d'affronter le futur.

La prochaine et 35ème Assemblée générale de l'Association des Bourgeoisies du Jura bernois aura lieu à Perrefitte en septembre 2013, la date est encore à définir.

Merci aux organisateurs et à toutes les personnes qui, à travers leur motivation, leurs connaissances, leurs expériences, leur dévouement et leur disponibilité, nous permettent de maintenir un lien, oh combien nécessaire, entre nos bourgeoisies afin d'en assurer le bien-être et le maintien.

Bürgergemeinde Rumisberg

Rücktritt von Paul Ischi, Burgerschreiber



Seit 35 Jahren wirkt Paul Ischi als Burgerschreiber in Rumisberg

Kritiker, aber beispielhaftes Engagement

Der 66-Jährige Rumisberger Paul Ischi engagiert sich seit 1971 für die Bürgergemeinde Rumisberg, in welcher er seit 35 Jahren als Burgerschreiber amtiert.

Paul Ischi, der gelernte Mechaniker, arbeitete bis zu seiner Pensionierung als Betriebsfachmann. Langweilig wird es dem Neurentner nicht. Neulich fügte er seinen Hobbys, der Jagd im Kanton Bern, dem Wandern und dem Schiesssport mit der Imkerei ein neues hinzu. Er absolvierte erfolgreich den Imkergrundkurs und baut sich hinter seinem Eigenheim im Dorfkern ein Bienenhaus. Paul Ischi, der von den Einheimischen «Gummen Poik» gerufen wird, war und ist für die Dorfvereine, die Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinde eine beispielhaft engagierte Person. Ischi begründet sein überdurchschnittliches Engagement für die Allgemeinheit: «Ich kritisiere gerne, bin deshalb bereit, etwas für die Allgemeinheit zu leisten.»

Von 36 zu 307 Dossiers

Bereits als 26-Jähriger wurde er von 1971 bis 1976 als Vizepräsident in den Burgerrat gewählt. Im Jahr darauf wählten ihn die Bürger zum Burgerschreiber. Paul Ischi erlebte gewaltige Veränderungen in der Ausübung seines Amtes. Bei seinem Amtsantritt umfasste seine Hängeregistratur 36 Dossiers. Die schriftlichen Arbeiten erledigte er mit einer Hermes 2000. Heute bearbeitet er 307 Geschäfte mit einem Computer. Sein Büro befindet sich in der einstigen Cafeteria. Paul Ischi führte neben seinem Beruf während 23 Jahren den Dorfladen und richtete dort eine gemütliche Kaffecke, sein heutiges Büro, ein. Ischi nennt als Gründe des enormen Dossiers-

Wachstums die immer aufwändigeren Vorschriften von Bund und Kanton, das neue Wald- und Strassengesetz. Die Bürgergemeinde Rumisberg stellte an sich höhere Ansprüche, indem sie sich 2005 ein Leitbild und ein neues Organisationsreglement gab und den Wald 2006 zertifizieren liess.

Leute einburgern

Paul Ischi hofft, dass die Bürgergemeinden ihre Selbständigkeit bewahren können, sofern dies finanziell tragbar ist. Der Burgerschreiber befürwortet neue Einburgerungen, sofern die Leute eine Beziehung zum Dorf und zur Bürgergemeinde haben. Ischi, die graue Eminenz im Burgerrat, nahm an 459 Burgerratssitzungen teil. Dabei wurden 4164 Traktanden behandelt. Er führte Buch bei 75 Bürgergemeindeversammlungen, wo 470 Traktanden behandelt wurden. Während den 35 Burgerschreiberjahren unterstand er sieben Bürgerpräsidenten. Am Anfang seiner Burgerratszeit war der Holzverkauf rentabel. Beim Holzverkauf begab sich der ganze Burgerrat, der Förster und der Holzhändler in den Wald. Nach dem Handel offerierte der Händler ein Znüni. Der Hiebsatz wird heute mittels Flugzeug ermittelt. Früher wurden alle Bäume, die dicker als 12 Zentimeter waren, mit der Kluppe gemessen und so der Hiebsatz festgelegt. Nach den beiden Stürmen Vivian 1990 und Lothar 1999 fielen wegen eines Überangebots die Holzpreise bis heute zusammen. Dazu Ischi: «Wir sind mit sehr engen finanziellen Verhältnissen konfrontiert. Das Holz gilt nichts mehr. Für die Aufrüstung bezahlten wir pro Kubik früher 15 bis 20 Franken, heute 40 bis 60 Franken.»

Vize-Gemeindepräsident

Neben der Bürgergemeinde engagierte sich «Gummen Poik» mehrmals im Einwohnergemeinderat, aktuell als Vize-Gemeindepräsident. Er gründete 1966 den Skiklub Rumisberg und präsidierte ihn von 1968 bis 1995. Er war Schützenmeister (1980 - 1994) und Präsident (1994 - 2010) im Schützenverein Rumisberg. Als Delegierter des Burgerrats wirkte er von 1991 bis 2012 während 21 Jahren in der Alpgenossenschaft Hinteregg, in welcher die Bürgergemeinde Rumisberg 95 der 155 Weidrechte besitzt, mit. Weitere Ämter erfüllte der nimmermüde Rumisberger als Kassier des Jägervereins Oberaargau und als Vertreter Rumisbergs im Kirchgemeinderat. Gäbe es mehr «Gummen Poiks», wären in den Gemeinden und Vereinen alle Chargen besetzt!

Wir danken Paul Ischi ganz herzlich für sein langjähriges Engagement und wünschen ihm alles Gute für die Zukunft.

Burgerrat Rumisberg

Allgemeine Informationen / Informations générales

68. Generalversammlung des Schweizerischen Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen in Davos; Seminar «Wald und Haftung»

OK-Präsident, Dr. Rico Stiffler, begrüßte die Ehrenmitglieder und Delegierten. Unter der Leitung des Präsidenten, Dr. Rudolf Grüninger, fand die Generalversammlung mit 194 Delegierten und Gästen statt. Der Jahresbericht 2011, die Rechnung für das Geschäftsjahr 2011 und der Voranschlag 2013 (mit gleichbleibenden Mitgliederbeiträgen) wurden einstimmig genehmigt. Die beiden Vorstandsmitglieder Charles de Reyff und Dr. Rolf Stiffler sind zurückgetreten und wurden mit bestem Dank für die geleistete Arbeit verabschiedet. Neu gewählt wurden Jean de Bourgnicht (FR) und Theo Haas (GR). Die nächste GV wird am 7./8. Juni 2013 in Luzern durchgeführt.

Das vom Verband am 31. August 2012 angebotene Seminar «Wald und Haftung» in Olten ist auf grosses Interesse gestossen. Ziel war es, einen Überblick zur Haftungsproblematik des Waldeigentümers zu verschaffen und spezielle Themen wie Freizeit und Bauten im Wald sowie Schutzwald zu beleuchten.

Die Referate finden sich unter <http://www.svbk.ch/informationen/seminar/2012/HaftungWaldeigentue-mer-SeminarSVBK2012.pdf>.

GERES

Bedingt durch Veränderungen in der Softwarelandschaft des Kantons Bern stockte das Projekt im Jahr 2012. Es galt zu warten.

Der Kanton stellt den Bürgergemeinden Informationen nur noch über GERES zur Verfügung. Das Programm ZPV ist nur noch für die Steuerverwaltung im Gebrauch. Dies vereinfacht die Schnittstellen zu andern Programmen und der Export der Daten kann einfacher gestaltet werden.

Damit GERES Verwendung finden kann, müssen zunächst die Personendaten mit der 13-stelligen AHV-Nummer ergänzt werden. Der Zugang zu GERES ist aber nur möglich, wenn die entsprechende Software zur Verfügung steht.

Mit der angedachten Lösung sind aber nur die Daten der Bürgerinnen und Bürger im Kanton Bern zugänglich und von Nutzen, wenn das Stimmrecht auf die entsprechende Einwohnergemeinde beschränkt ist.

Die Bürgergemeinden sind also weiterhin auf Infostar als Informationstool angewiesen. Da noch nicht alle Daten der Zivilstandsämter im Infostar rückerfasst sind, können heute noch keine vollständigen Bürgerlisten erstellt werden. Die Zivilstandsämter rechnen mit der Rückerfassung bis Ende 2013.

André Fluri, Fobas GmbH, Wohlen b. Bern

GERES

En raison de modifications dans le paysage des logiciels du canton de Berne, le projet a été interrompu en 2012. Il fallait attendre.

Le canton ne fournit aux communes bourgeoises plus d'informations que sur GERES. Le programme GCP n'est utilisé plus que par l'administration fiscale. Cela simplifie les interfaces avec les autres programmes, et l'exportation des données peut être organisée plus simplement.

Afin que GERES puisse être utilisé, les données personnelles doivent d'abord être complétées par le NAVS 13. L'accès à GERES n'est toutefois possible que si le logiciel correspondant est disponible.

Cela étant, avec la solution envisagée, seules les données des bourgeoises et bourgeois dans le canton de Berne sont accessibles et utiles lorsque le droit de vote est limité à la commune municipale correspondante.

Par conséquent, les communes bourgeoises continuent de dépendre d'Infostar comme outil d'information. Étant donné toutefois que toutes les données des offices d'état civil ne sont pas ressaisies dans Infostar, il n'est pas possible aujourd'hui d'établir des listes de bourgeois complètes. Les offices d'état civil comptent terminer la ressaisie d'ici à fin 2013.

André Fluri, Fobas GmbH, Wohlen b. Bern

Bürgerlicher Kindes- und Erwachsenenschutz

Seit der Berichterstattung im Info-Bulletin Nr. 15 hat sich in diesem Bereich Erfreuliches getan:

Der Grosse Rat hat das Gesetz über den Kindes- und Erwachsenenschutz (KESG) verabschiedet, dessen Art. 4 festlegt, dass für das ganze Kantonsgebiet eine bürgerliche Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) besteht. Der Regierungsrat

hat in der Zwischenzeit die Behördenmitglieder ernannt. Sie nehmen ihre Arbeit mit Inkrafttreten des KESG am 1. Januar 2013 auf. Der Sitz der KESB befindet sich in Bern. Es ist zudem eine KES-Aufsichtskommission (KESAK) geschaffen worden, deren Mitglieder von allen beteiligten 6 Bürgergemeinden und 13 Gesellschaften und Zünften von Bern bereits bestimmt worden sind. Die Zusammenarbeit unter diesen 19 Körperschaften wird in einem Vertrag festgelegt, der am 12. November 2012 im Beisein von Regierungsrat Christoph Neuhaus allseitig unterzeichnet worden ist. Die zwölfte kantonale KESB ist Tatsache!

Andreas Kohli, Geschäftsführer VBBG

La protection de l'enfant et de l'adulte dans les communes bourgeoises

Depuis le rapport publié dans le bulletin info n° 15, des choses réjouissantes se sont passées dans ce domaine:

Le Grand conseil a adopté la loi sur la protection de l'enfant et de l'adulte (LPEA), dont l'art. 4 stipule qu'il existe une autorité bourgeoise de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA) pour tout le territoire cantonal. Entre-temps, le Conseil d'État a nommé les membres des autorités. Ils commenceront à travailler avec l'entrée en vigueur de la LPEA le 1er janvier 2013. Le siège de l'APEA se trouve à Berne. En outre, une commission de surveillance PEA a été créée, dont les membres ont déjà été désignés par les six communes bourgeoises et les 13 sociétés et corporations de Berne participantes. La collaboration entre ces 19 organismes est définie dans un contrat, qui a été signé par toutes les parties le 12 novembre 2012 en présence du conseiller d'État Christoph Neuhaus. La douzième APEA cantonale est une réalité!

Andreas Kohli, administrateur ABCB

Neues Namens- und Bürgerrecht

Überblick über die Auswirkungen auf das Bürgerrecht

Am 1. Januar 2013 tritt das revidierte Namens- und Bürgerrecht des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) in Kraft. Davon werden auch die Bürgergemeinden betroffen sein.

Ab dem 1. Januar 2013 behält jeder Ehegatte bei der Heirat sein Kantons- und Gemeindebürgerrecht und zwar selbst dann, wenn er den Namen des anderen Ehegatten annimmt. Die Kinder erhalten das Bürgerrecht desjenigen Elternteils, dessen Namen sie tragen.

Damit wird bei allen Ehen mit oder ohne Kinder kein einheitliches Heimatrecht mehr gelten. Die Rechtsänderung im ZGB führt dazu, dass in Zukunft die Eltern grundsätzlich nicht über das gemeinsame Bürgerrecht verfügen. Das Führen verschiedener Namen, die Möglichkeiten der Namensänderungen bei Eheschliessung und nach Auflösung der Ehe, die Bedeutung des ledigen Namens, die Namen der ehelichen Kinder und der Kinder nicht verheirateter Eltern werden Einfluss haben auf die Bürgerrechte der einzelnen Personen. Die mit der Gesetzesänderung verbundenen Übergangsfristen erlauben zudem rückwirkend gewisse Namensänderungen und damit verbundene Bürgerrechtsänderungen.

Folgen für das Bürgerrecht

Bei Heirat zweier Schweizer Bürger werden die beiden Ehepartner ihr bisheriges Bürgerrecht behalten; die Ehefrau erwirbt nicht mehr automatisch das Bürgerrecht des Ehemannes. Die Kinder aus diesen Verbindungen erwerben das Bürgerrecht des Elternteils, dessen Namen sie tragen. Sie erwerben somit nicht automatisch das Bürgerrecht des Vaters.

Der Ehegatte, der vor dem 1. Januar 2013 bei der Eheschliessung seinen Namen geändert hat, kann jederzeit wieder seinen Ledignamen annehmen. Erfolgt die Erklärung vor Ende 2013, können die Eltern diese auch auf die minderjährigen Kinder ausdehnen, wodurch sie automatisch das Kantons- und Gemeindebürgerrecht dieses Elternteils erhalten. Nach dem vollendeten 12. Altersjahr ist die Einwilligung des Kindes notwendig.

In anderen Worten: Ein Bürger heiratet eine schweizerische «Nichtbürgerin»; diese erwirbt das Bürgerrecht nicht mehr automatisch. Umgekehrt heiratet eine Bernbürgerin einen schweizerischen «Nichtbürger»: Dieser erwirbt das Bürgerrecht seiner Frau wie bisher nicht automatisch. Mit dieser Gesetzesänderung wurde eine Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau hergestellt. Dies bedeutet auch, dass es in Zukunft vermehrt Gesuche von «Schwiegersöhnen» und neu «Schwiegertöchtern» für den Erwerb des Bürgerrechts geben wird; zusammen mit ihren minderjährigen Kindern, wenn sie den Namen des «Nichtbürgers» führen. Befristet auf ein Jahr besteht die Möglichkeit, dass eine Bürgerin, die seit der Eheschliessung den Namen ihres nichtbürgerlichen Mannes trägt, ihren Ledignamen wieder annimmt, zusammen mit ihrem Mann erklärt, dass auch die minderjährigen Kinder diesen Namen führen sollen. Dadurch erhalten die Kinder automatisch das Bürgerrecht der Mutter. Für das umgekehrte Verhältnis gilt selbstverständlich das Gleiche. (Mehr Informationen unter www.ejpd.admin.ch/content).

*Marc-Alain Christen, Präsident der
Bürgerkommission der Bürgergemeinde Bern*

Nouveau droit du nom et de cité

Vue d'ensemble des effets sur le droit de cité

Le nouveau droit du nom et de cité du Code civil suisse (CC) entrera en vigueur le 1er janvier 2013. Les communes bourgeoises seront également concernées par cette révision.

A partir du 1er janvier 2013, chaque époux conservera son droit de cité cantonal et de bourgeoisie, et ce même s'il prend le nom de famille de son conjoint. Les enfants acquerront le droit de bourgeoisie du parent dont ils portent le nom de famille.

En conséquence, le droit de bourgeoisie ne sera plus unique pour les couples avec ou sans enfants. Suite au changement du droit civil, à l'avenir, les parents n'auront plus en principe le même droit de bourgeoisie. Le fait de porter des noms de famille différents, la possibilité de changer de nom au mariage et après sa dissolution, l'importance du nom de célibataire, le nom de famille des enfants légitimes et des enfants de couples non mariés influenceront les droits de cité des individus. Les délais de transition liés à la révision de la loi permettront en outre certains changements de nom rétroactifs, et également de droits de cité.

Conséquences pour le droit de bourgeoisie

Lors du mariage de deux ressortissants suisses, les deux époux conservent leur droit de bourgeoisie. L'épouse n'acquiert plus automatiquement celui de l'époux. Les enfants de ce couple acquièrent le droit de bourgeoisie du parent dont ils portent le nom de famille. Ils n'acquiert donc pas automatiquement le droit de bourgeoisie du père.

Le conjoint qui avait changé de nom de famille au moment du mariage avant le 1er janvier 2013 peut reprendre à tout moment son nom de célibataire. Si la déclaration est faite avant fin 2013, les parents peuvent étendre cette disposition aux enfants mineurs qui acquièrent automatiquement le droit de cité cantonal et de bourgeoisie du parent dont ils portent le nom. L'accord des enfants de 12 ans révolu est nécessaire dans un tel cas.

En d'autres termes: un bourgeois épouse une «non-bourgeoise» suisse. Celle-ci n'acquiert plus automatiquement le droit de bourgeoisie de son époux. A l'inverse, une bourgeoise de Berne épouse un «non-bourgeois» suisse. Comme jusqu'à présent, il n'acquiert pas automatiquement le droit de bourgeoisie de son épouse. Cette modification de la loi a établi une égalité des droits en hommes et femmes. Cela signifie aussi qu'à l'avenir, il y aura plus de demandes de «gendres», et désormais de «brus» souhaitant acquérir le droit de bourgeoisie en même temps que leurs enfants mineurs, s'ils portent le nom de famille de la personne n'ayant

pas ce droit. Il existe une possibilité limitée à un an pour une bourgeoise qui porte, depuis son mariage, le nom de son conjoint non-bourgeois de reprendre son nom de célibataire et de déclarer, avec son conjoint, que les enfants mineurs porteront également ce nom de famille. Les enfants acquièrent ainsi automatiquement le droit de bourgeoisie de la mère. Bien entendu, il en va de même pour la situation inverse. (A voir www.ejpd.admin.ch/content).

*Marc-Alain Christen, Président de la
Burgerkommission de la bourgeoisie de Berne*

Vernehmlassungen

Änderung des Kantonalen Waldgesetzes (KWaG)

Der Verband der bernischen Burgergemeinden (VBBG) zählt heute rund 250 Mitglieder und vertritt die Interessen der bernischen Burgergemeinden, burgerlichen Korporationen des öffentlichen Rechts und Burgerschaften von gemischten Gemeinden. Rund 37% des Berner Waldes befindet sich im Eigentum von öffentlich-rechtlichen Körperschaften ohne Steuerhoheit. Der VBBG vertritt die Interessen dieser Waldeigentümer und hat sich deshalb zur Abgabe einer eigenen Stellungnahme zur Änderung des Kantonalen Waldgesetzes entschieden.

Statement

Der VBBG anerkennt grundsätzlich die Notwendigkeit einer Gesetzesrevision. Mit den in der Vernehmlassungsfassung aufgeführten Änderungsvorschlägen werden aus Sicht des VBBG schwergewichtig Verwaltungsbedürfnisse geklärt und insbesondere auch die Grundlagen für eine unnötige Planungseuphorie geschaffen. Aktuelle Probleme im Wald und auch der Waldeigentümer werden nicht gelöst. Zahlreiche Punkte, die in der Begleitgruppe zur Gesetzesrevision diskutiert und grösstenteils gut geheissen wurden, werden in der vorliegenden Revision nicht berücksichtigt.

Die Ansprüche an den Wald und die Rahmenbedingungen befinden sich in einem steten Wandel. Der VBBG anerkennt daher die Notwendigkeit einer Gesetzesrevision. So dürften beispielsweise die redaktionellen Anpassungen an den NFA und die neu konzipierte Mehrwertabschöpfung bei Waldrodungen im Grundsatz kaum bestritten sein. In einem Kernthema der Gesetzesrevision teilt der VBBG die Ansicht der kantonalen Stellen jedoch nicht. Er erachtet die Einführung des Kantonalen Waldplans nicht als notwendig für die Sicherstellung der öffentlichen Interessen am Wald. Der VBBG bezweifelt, dass die Einführung dieser zusätzlichen Planungsebene nötig ist und ist der Ansicht, dass die bisherigen Instrumente des Richtplans und der Regionalen Waldpläne den Anforderungen genügen.

Aus Sicht der kantonalen Stellen werden die Rahmenbedingungen für die Waldeigentümer mit der Gesetzesrevision verbessert. Diese Einschätzung teilt der VBBG ebenfalls nicht. Im Gesetzesentwurf sind keine Artikel zu finden, die eine nennenswerte Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Waldeigentümer enthalten. Einige Änderungen deuten sogar auf Verschlechterungen hin. Zudem sind zahlreiche wichtige Punkte, die in der Begleitgruppe zur Gesetzesrevision grösstenteils gut geheissen

wurden, in der Gesetzesrevision unberücksichtigt geblieben. Der VBBG vermisst namentlich in folgenden Punkten Anpassungen im Gesetz:

- Die **Wohlfahrtsfunktion des Waldes** wird zwar oft erwähnt, die Gelegenheit griffige Instrumente für die Entschädigung der **Leistungen der Waldeigentümer** zu schaffen wurde jedoch versäumt. Einzig in der Mehrwertabschöpfung aus Rodungsbewilligungen wurde eine kleine Finanzierungsquelle geschaffen, die zugleich durch die populäre Biodiversität konkurrenziert wird. Die Diskussion um die Erholungsnutzung wird hingegen auf Nebenschauplätze verlagert – beispielsweise im Bezug auf Reiter und Radfahrer. Auch der Zielkonflikt zwischen Erholungsnutzung und Biodiversität – namentlich bezüglich Totholz in Erholungswäldern – bleibt ungeklärt.
- Das aktuelle **Wildtiermanagement** im Kanton Bern gefährdet die nachhaltige Erfüllung der Waldfunktionen und die eidgenössische Gesetzgebung wird nicht umgesetzt. Die Wildschäden nehmen zu und es sind keine Massnahmen in Sicht, die eine Besserung der Situation bringen würden – im Gegenteil. Trotzdem tragen die Waldeigentümer den Löwenanteil der Kosten für die Wildschadenverhütungsmassnahmen weiterhin selber.
- Der Biodiversität wird ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt. Dies obwohl die Artenvielfalt im Schweizerwald bereits ein überdurchschnittlich hohes Niveau aufweist. Unverständlicherweise wird im selben Zug die Problematik der **invasiven Organismen**, die eine ernstzunehmende Gefahr für die einheimische Artenvielfalt darstellen, völlig ausgeblendet. Insbesondere Neophyten stellen die Waldeigentümer vor grosse Herausforderungen. Entgegen dem einstimmigen Vorschlag der Begleitgruppe wird in der Gesetzesrevision diesbezüglich auf die Schaffung von rechtlichen Grundlagen verzichtet.
- Nach wie vor scheinen dem Forstdienst die **Instrumente zur Durchsetzung der rechtlichen Grundlagen** zu fehlen. Dass sich dies mit dem neuen Art. 47a ändert, ist zu bezweifeln. Mit der neuen Regelung wird lediglich die gängige Praxis zementiert – nämlich den Vollzug anderen staatlichen Stellen zu überlassen, die sich wiederum selber nicht zuständig fühlen.
- Der Wald schützt vor Naturgefahren, die gesetzlichen Regelungen diesbezüglich sind etabliert und die Leistungen der Waldeigentümer werden in der Regel entschädigt. Allerdings existiert im folgenden Punkt eine Lücke: In gewissen Fällen kann auch der **Wald zur Gefahr** werden, beispielsweise durch das Umstürzen von alten oder abgestorbenen Bäumen. Da dieser Fall nicht als Naturgefahr

definiert ist, greifen hier die entsprechenden Regelungen nicht. Wo eine kostendeckende Waldbewirtschaftung nicht möglich ist, sind auch für diesen Fall Finanzierungsinstrumente vorzusehen bzw. die gesetzlichen Regelungen anzupassen. Dadurch würde auch die Belastung der Waldeigentümer durch die ungerechtfertigte Übertragung der Haftung entlang von Gemeindestrassen etwas entschärft.

- Der Umfang der Zugänglichkeit wird zwar wiederholt erwähnt. Das Betretungsrecht nach dem KWaG soll demnach nicht über das in Artikel 699 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907 (ZGB) enthaltene Minimum hinausgehen. Es wird jedoch versäumt, der Forstpolizei resp. dem Waldeigentümer entsprechende Instrumente in die Hand zu geben, um übermässigen Eingriffen - wie beispielsweise dem **Campieren im Wald** - rasch und unbürokratisch entgegen zu wirken.

Zusammengefasst decken die vorgeschlagenen Gesetzesanpassungen aus Sicht des VBBG schwerwiegend Verwaltungsbedürfnisse ab. Mit der Einführung des Kantonalen Waldplans werden die Grundlagen für eine unnötige Planungseuphorie geschaffen. Aktuelle Probleme im Wald und auch der Waldeigentümer werden jedoch nicht gelöst. Auf die detaillierte Wiedergabe sämtlicher Anträge wird aus Platzgründen verzichtet.

Reglement Berner Holzförderungsfonds (BHFF)

Rund 37% des Berner Waldes sind im Eigentum von öffentlichen Waldeigentümern ohne Steuerhoheit. Der VBBG unterstützt die Interessen dieser Waldbesitzer. Es ist davon auszugehen, dass viele, aber leider nicht alle seine Mitglieder die Beiträge in den BHFF korrekt und termingerecht leisten. Er hat deshalb ein grosses Interesse an einer Verbesserung der Mittelbeschaffung und an der Erhaltung des Leistungspotentials des Fonds.

Statement

Der VBBG unterstützt grundsätzlich die vorgeschlagene Revision des BHFF-Reglements. Mit den in der Vernehmlassungsfassung aufgeführten Änderungsvorschlägen werden aus Sicht des VBBG die richtigen Weichen gestellt, insbesondere was den verpflichtenden Einbezug aller Waldeigentümer betrifft, wenn sie Holz schlagen. Weiteren Klärungsbedarf gibt es noch bei der Verwendung der Fondsmittel, insbesondere was die Mittel für die Bildung betrifft.

Der Fonds wird ausschliesslich über die Holznutzungen im Wald geöffnert. Mit den Holznutzungen wird der erneuerbare Rohstoff Holz produziert, die Wälder werden verjüngt und gepflegt. Damit werden auch die übrigen Waldleistungen, wie Schutz, Wohlfahrt und Biodiversität, kostenlos nachhaltig gesichert. Es ist daher wichtig, dass die BHFF-Mittel weitestgehend der Förderung der Holznutzung zugeführt werden. Die übrigen Waldleistungen sind durch Mittel der Öffentlichkeit zu positionieren.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere bei der Unterstützung der Bildung Vorsicht geboten. Gut ausgebildete Forstleute sind zwar die Grundvoraussetzung für die Holznutzung. Aber die Forstleute erbringen eben auch Leistungen für die oben erwähnten Gratisleistungen Wohlfahrt und Ökologie. Daher darf der BHFF-Fonds nicht alleine für die Deckung der Restkosten aufkommen, die den Lehrbetrieben bei der Ausbildung erwachsen.

Beim Inkasso ist die „Verwaltungskostengerechtigkeit“ zu verbessern. Im Gegensatz zu den grossen Waldeigentümern/Betrieben verursacht die grosse Anzahl Kleinwaldeigentümer unverhältnismässig grossen Verwaltungsaufwand.

Der VBBG stellt fest, dass mit der vorgesehenen Revision des BHFF-Reglements die Voraussetzung für eine bessere und gerechtere Lösung für die Zukunft geschaffen wird. Er bittet um Aufnahme der beantragten Änderungsvorschläge und bedankt sich für die engagierte Wahrung der Eigentumsinteressen am Wald. Auf die detaillierte Wiedergabe sämtlicher Anträge wird aus Platzgründen verzichtet.

Gemeindeverordnung (GV): Einführung von HRM2

Einleitend erlauben wir uns festzustellen, dass mit der Einführung internationaler Rechnungslegungsvorschriften vornehmlich aus dem Bereich der Privatwirtschaft die gewünschte Transparenz sicher erreicht werden kann. Wir bezweifeln aber, dass kleine und kleinste Burgergemeinden und bürgerliche Korporationen in einfachen oder gar einfachsten Vermögens- und Ertragsverhältnissen das HRM2-System annähernd befriedigend nutzen können und mit einer Einführung schlicht überfordert wären. Auch solche Körperschaften aus unserer vielfältigen Gemeindelandschaft setzen sich, entsprechend ihrer verfassungsmässigen Hauptaufgabe, immer wieder mit Überzeugung für das Wohl der Allgemeinheit ein. Aus diesem Grund verweisen wir von allem Anfang an auf eine umsichtige Anwendung des Abs. 4 von Art. 59 GV hin, wonach den Unterschieden der verschiedenen Gemeindearten Rechnung getragen wird.

zu Art. 64a: Die vorgesehenen Limiten sind wegen der Neubewertungsvorschriften – gerade für Klein- und Kleinstkörperschaften kein einfaches Unterfangen – unbedingt zu erhöhen - deren Bilanz weniger als 5 000 000 Franken und deren Umsatz weniger als 250 000 Franken betragen.

zu Art. 78 Abs. 2 und 4: Es ist auf die Mehrstufigkeit der Erfolgsrechnung zu verzichten. Wenn man bedenkt, dass alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften über ein Budget verfügen (müssen), schliesst dieser Umstand u.E. ein ausserordentliches Ergebnis aus. Zudem werden ausserordentliche Einnahmen und Ausgaben als Abweichungen vom Budget ohnehin kommentiert.

zu Art. 79a: Diese Bestimmung gehört in ein Handbuch bzw. in eine Arbeitshilfe. Die Limiten sind von Ihrer Direktion festzulegen.

zu Art. 81: Es ist ein neuer Abs. 5 vorzusehen, mit folgendem Wortlaut:

„Von der Bewertung zum Verkehrswert ausgeschlossen sind alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften, welche den direkten Kantons- und Gemeindesteuern unterliegen. Für diese gelten die Bestimmungen des Steuergesetzes des Kantons Bern.“

zu Art. 81a: Wenn Transparenz einen hohen Stellenwert hat, ist die Einführung von Abs. 3 notwendig, verpflichtet aber zu Reglementierungen.

zu Art. 83: Entsprechend unserem Vorschlag, ein Abs. 5 in Art. 81 aufzunehmen, ist vorliegend ein Abs. 6 vorzusehen:

„Für öffentlich-rechtliche Körperschaften, welche den direkten Kantons- und Gemeindesteuern unterliegen, gelten die Abschreibungsbestimmungen des Steuergesetzes des Kantons Bern.“

zu Art. 84: Abs. 3 ist zu streichen, da die Bestimmung im Blick auf Abs. 4 nicht als praktikabel erscheint.

Abschliessend stellen wir fest, dass die beiden Anhänge für Burgergemeinden und burgerliche Korporationen wegen ihrer Steuerpflicht nicht relevant sein können.

Hinweis der Geschäftsstelle:

Das AGR sieht die etappenweise Einführung von HRM2 ab 2016 vor. Informationen dazu finden Sie unter: http://www.jgk.be.ch/de/index/gemeinden/gemeinden/gemeindefinzen/projekt_hrm2.html.

Änderung der Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden (FHDV): Einführung von HRM2

Wir beziehen uns auf unsere Eingabe zur Revision der Gemeindeverordnung im Zusammenhang mit der Einführung von HRM2 vom 27. Juni 2012, wo wir insbesondere die Anpassung von GV Art. 81 und 83 an die Verhältnisse der Burgergemeinden beantragten. Wenn unserem Gesuch im Rahmen der Revision der GV nicht nachgekommen werden kann, schlagen wir vor:

- Es sollte in der FHDV vorgesehen werden, dass von der Bewertung des Finanzvermögens zum Verkehrswert abgesehen wird für alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die der direkten Kantons- und Gemeindesteuer unterliegen. Es muss in diesem Fall für die Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen das Steuergesetz des Kantons Bern gelten.
- Gleiches gilt für die Abschreibungen, die für die steuerpflichtigen Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen gemäss kantonalem Steuergesetz erfolgen und über ein entsprechendes Konto verfügen sollten.

Im Übrigen sind wir mit dem Wortlaut der Direktionsverordnung einverstanden.

Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel

Der Vorstand unseres Verbandes lehnt die Gesetzesrevision ab, da es ihm unter den gegebenen Umständen, u.a. auf Grund einer für die Betroffenen verwirrenden Vielzahl von Plebisziten als kaum möglich erscheint, zur Beilegung des Jurakonfliktes beizutragen. Auch wenn die heutige Situation unbefriedigend sein mag, eine Lösung darf zum Beispiel weder Gemeinde-Ex- oder -Enklaven entstehen lassen noch eine französischsprachige Minderheit marginalisieren.

Wichtige Daten / Dates importantes

| Datum/Date | Ort/Lieu | Anlass/Rencontre |
|--|-----------------------------|--|
| 4. Mai/mai 2013 | Huttwil | Hauptversammlung unseres Verbandes Assemblée générale de notre Association |
| September/septembre 2013 | | Assemblée générale de l'Association des bourgeoisies du Jura bernois (ABJB) |
| Herbst/automne 2013 | Diverse | Regionalversammlungen/ Assemblées régionales d'information |
| 7./8. Juni/juin 2013 13./14. Juni/juin 2014 19./20. Juni/juin 2015 | Luzern Lugano Zermatt | Generalversammlung des Schweiz. Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK) Assemblée générale de la Fédération suisse des Bourgeoisies et Corporations |

Mitteilung der Internetadresse

Der Verband bernischer Bürgergemeinden und burgerlicher Korporationen hat unter der Rubrik Kantonalverbände auf der Homepage des SVBK einen eigenen Internetauftritt. Die dem VBBG angeschlossenen Bürgergemeinden haben die Möglichkeit, mit einem Link auf ihre Bürgergemeinde aufmerksam zu machen.

Communication de l'adresse Internet

L'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises dispose d'un espace sur la fenêtre principale du site Internet de la Fédération suisse des Bourgeoisies et Corporations sous la rubrique „Associations cantonales / Kantonalverbände“. Les communes et corporations bourgeoises raccordées à Internet ont la possibilité d'ajouter leur «lien» gratuitement.

Stellenangebote der Bürgergemeinden und burgerlichen Korporationen im Internet

Mit einem Inserat auf der Plattform <http://www.begem.ch/de/stellen> erreichen Sie die Zielgruppe direkt. Die Website wird vorwiegend von Angestellten der öffentlichen Verwaltung im Perimeter des Kantons Bern besucht. Die Veröffentlichung kostet pro Inserat (je Aufschaltung) pauschal CHF 100.00 (ohne MWSt), unabhängig von der Publikationsdauer.

Arbeitsplatzbewertungen

Der Verband Bernischer Gemeindeglieder (BGK) bietet diese Dienstleistung weiterhin an. Weitere Auskünfte sind erhältlich bei:

René Lehmann

Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach

Telefon: 031 322 73 80, E-Mail: info@bglyssach.ch

Heraldik

Die Wappenvorlagen von Familien mit Heimatort im Kanton Bern sind neu beim Staatsarchiv des Kantons Bern elektronisch und kostenlos abrufbar unter www.be.ch/familienwappen.

Für Fragen im Zusammenhang mit Familienwappen der Bürger und Bürgerinnen von Bern steht der Referent für Heraldik der Bürgergemeinde Bern zur Verfügung:

Berchtold Weber

Kirchenfeldstrasse 2, 3005 Bern

Telefon: 031 351 52 76

E-Mail: berchtold.weber@bluewin.ch

Dank und Ausblick

Der Verband bernischer Bürgergemeinden und burgerlicher Korporationen kann wiederum auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Der Vorstand dankt den Mitgliedern für die Verbandstreue und wird auch im kommenden Jahr alles daran setzen, die Interessen der bernischen Bürgergemeinden und burgerlichen Korporationen weiterhin bestmöglich zu vertreten.

Remerciements et perspectives

L'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises peut de nouveau porter un regard satisfaisant sur ses activités de l'année écoulée. Le comité remercie les membres qui ont fait preuve de fidélité à l'association et les assure qu'il fera tout son possible pour représenter au mieux leurs intérêts également dans les années à venir.

Hauptversammlung in Tavannes vom 5. Mai 2012

Ansprache von Regierungspräsident Bernhard Pulver Erziehungsdirektor des Kantons Bern

Madame la présidente,
Mesdames et Messieurs les membres du comité
Mesdames et Messieurs les délégués,
Chères Tavannoises, chers Tavannois,
Mesdames et Messieurs,

C'est un grand plaisir pour moi de vous transmettre aujourd'hui les salutations du Conseil-exécutif à l'occasion de l'assemblée générale de l'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises et je vous remercie de l'invitation.

Ich möchte Ihnen heute zu einigen Themen, die den Kanton betreffen und die Sie interessieren könnten, einige Überlegungen des Regierungsrats mitteilen. Zunächst möchte ich Ihnen aber ganz herzlich danken.

Sie engagieren sich für das Gemeinwesen und erfüllen wichtige Aufgaben im gesellschaftlichen und sozialen Bereich. Das ist nicht selbstverständlich. Oft klagen wir darüber, dass sich die Mitbürgerinnen und Mitbürger zu wenig um die öffentliche Sache kümmern. Sie beweisen das Gegenteil durch Ihr Engagement in den Burgergemeinden. Das ist ein Engagement oft im Hintergrund, ohne die grossen «Fanfaren». Gerade dafür, für diese wichtige Arbeit, möchte ich Ihnen im Namen des Regierungsrates ganz herzlich danken.

Ich hatte persönlich dieses Jahr verschiedene Gelegenheiten, mich mit Burgergemeinden zu treffen. Natürlich am Osterbott der Burgergemeinde Bern – mit der ich als auch für die Kultur zuständiger Erziehungsdirektor natürlich immer intensiven Kontakt habe – und zum Beispiel, Sie konnten es in der Zeitung lesen, am Sächsilüüten der Zürcher Zünfte.

Die Zusammenarbeit ist gut und ich freue mich auch, dass die Berner Burgergemeinden mit grosser Selbstverständlichkeit auch auf die Unterstützung der Frauen zählen und zählen wollen...

Ich habe bei meiner Ansprache bei der Zunft Hard in Zürich versucht, um Verständnis für die Lage Berns zu werben. Unser Kanton wird in letzter Zeit oft kritisiert, weil er Finanzmittel grösseren Umfangs aus dem schweizerischen Finanzausgleich (NFA) erhält. Dazu vorab einige Gedanken.

Es stimmt: Bern erhält in absoluten Zahlen von allen Kantonen am meisten Geld, rund eine Milliarde Franken pro Jahr. Das verwundert aber auch nicht,

denn Bern ist von der Einwohnerzahl her der zweitgrösste Kanton. Pro Kopf sind wir im Mittelfeld und gar nicht an der Spitze – das macht aber bei fast einer Million Einwohnerinnen und Einwohnern sofort einen grossen Betrag. Ich staune manchmal, wenn Kollegen etwa aus dem Kanton Uri Bern wegen den NFA-Geldern kritisieren. Etwa der Kanton Uri bezieht pro Kopf weit über 2'000 Franken pro Jahr aus dem Finanzausgleich, Bern keine 1'000 Franken. Ich bin sehr dafür, dass wir in unserem Land alles diskutieren können. Aber eine faire Diskussionskultur gehört da dazu.

Zu einer fairen Diskussion dieser Beiträge gehört auch folgende Überlegung:

Wenn Sie von Zürich aus eine Stunde fahren, so sind Sie in St. Gallen, Landquart oder Luzern. Diese Orte liegen alle in Kantonen, die gleich viel (SG) oder mehr (LU, GR) Geld aus dem Finanzausgleich erhalten. Wenn Sie von Bern aus eine Stunde reisen, so sind Sie fängs in Tavannes, aber noch nicht in Moutier, fängs in Meiringen, aber nicht in Guttannen, fängs in Zweisimmen, aber noch nicht an der Lenk, und – ja in Schangnau oder Trub, da reicht eine Stunde. Von Zürich aus wären das alles NFA-Nehmerkantone.

Bern ist ein grosser Kanton und eine Schweiz im Kleinen. Hier hat es Gebiete – etwa die Agglomeration Bern, aber nicht nur! –, welche sich in der Wirtschaftsleistung durchaus mit Zürich oder Basel messen können. Wären das – wie Basel-Stadt – eigene Kantone, sie wären Nettozahler in den Finanzausgleich. Aber es können und sollen auch nicht alle Gebiete in der Schweiz die gleiche Wertschöpfung haben. Es braucht in unserem Land auch Regionen, wo Tourismus, Landwirtschaft oder auch Erholungsgebiete sind. Wir können nicht überall eine Konzentration wirtschaftlicher Wertschöpfung wie etwa in Basel, Genf, Zug oder Zürich haben. Das ist schlicht nicht möglich, macht aber auch keinen Sinn.

Die Schweiz ist ein Ganzes und lebt vom Ausgleich unterschiedlicher Funktionen. Das hat der Kanton Bern begriffen und deshalb führt er auch innerhalb des Kantons mit Erfolg ein System des Finanz- und Lastenausgleichs. Diese Vielfalt – Städte, Industrie- und Dienstleistungsballungen, aber eben auch relativ unberührte Landschaften – das alles macht die Schweiz aus. Darauf dürfen wir stolz sein und das trägt auch zur Stabilität und Schönheit unseres Landes bei.

Selbstverständlich will der Kanton Bern wirtschaftlich stärker werden und noch mehr zur Leistung unseres Landes beitragen. Deshalb haben wir uns mit der Wirtschaftsstrategie klare und ambitionöse Ziele gesetzt. Bern ist Teil eines sehr, sehr attraktiven und leistungsfähigen Landes: Die Schweiz befindet sich im internationalen Vergleich bei Produktivität, Innovationsfähigkeit und Standortqualität in der Champions League, und zwar auf den vorderen Plätzen. Hier noch besser zu werden, ist in jedem Fall keine einfache Aufgabe. Wir packen sie aber an, gemeinsam mit unseren hervorragenden Firmen. Haben Sie gewusst, dass Bern inzwischen Industriestandort Nr. 1 in der Schweiz ist, mit absolut gesehen am meisten Arbeitsplätzen in diesem Bereich? Vorwiegend in international sehr konkurrenzfähigen, exportorientierten Betrieben.

Dabei gilt eines: Die grossen Handelsfirmen – etwa der internationale Rohstoffhandel – siedeln sich nicht einfach nur in Zug oder Genf an, weil Zug und Genf so besonders wären, sondern weil diese Städte in der wunderbaren und politisch sehr stabilen Schweiz liegen. Ohne die Schweiz als Umfeld kämen diese Firmen nicht auf Zug oder Genf. Und zu dieser Stabilität und Schönheit trägt eben auch das Emmental – oder Uri! – bei. Nur profitiert es nicht direkt von den entsprechenden Steuereinnahmen.

Ich bin etwas besorgt, wenn diese Eigenschaft der Schweiz, die Teil unseres nationalen Zusammenhalts ist, in letzter Zeit derart kritisiert wird. Denn ohne nationalen Finanzausgleich funktioniert die Schweiz so nicht. Andere Länder haben einheitliche Steueransätze und dann brauchen sie vielleicht auch keinen solchen Ausgleich. Wenn die Schweiz aber so bestehen bleiben soll wie sie heute erfolgreich ist, dann braucht sie diese nationale Solidarität.

Ich bin froh, dass der Finanzausgleich innerhalb unseres Kantons eigentlich kaum bestritten ist. Ich bin Ihnen aber dankbar, wenn Sie mithelfen, diese Überlegungen zum gesamtschweizerischen NFA auch gegen aussen zu vertreten. Unser Kanton hat eine faire Diskussion verdient!

So viel zum Finanzausgleich. Jetzt möchte ich aber zu anderen Themen kommen, die Sie sicher interessieren:

Ich möchte es gleich erwähnen – die Kontakte zwischen den Burgergemeinden und dem Kanton sind ausgezeichnet. Das freut mich. Sei es im Bereich des Zivilstandswesens, der laufenden Informatikprojekte oder der Zusammenarbeit mit der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion. Unter Federführung der JGK läuft zum Beispiel die Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts. Dieses war im letzten Jahr eines der grossen Projekte, die Kanton und Burgergemeinden betrafen.

Vous connaissez les va-et-vient de ce dossier... Nach einigem Hin und Her – an dem die Finanzlage des Kantons Bern einige Schuld hat – verabschiedete der Grosse Rat das kantonale Gesetz nun am 1. Februar 2012. Es beinhaltet

- neben den elf kantonalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, die auf der Ebene der Verwaltungskreise geschaffen und nach Möglichkeit administrativ bei den Regierungsstatthalterämtern angegliedert werden,
- für das ganze Kantonsgebiet eine burgerliche Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.

Vom März bis August 2012 finden in verschiedenen Regionen des Kantons acht Veranstaltungen statt, wo über den aktuellen Stand der Umsetzung zum neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht informiert wird. Die Einladungen werden durch die zuständigen Regierungsstatthalter versandt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte heute kurz auf zwei aktuelle Themen eingehen, die für unseren Kanton wegweisend sind:

- die Zukunft des Berner Jura
- und Gemeindefusionen.

Und anschliessend möchte ich – als Vorsteher der Erziehungsdirektion bin ich auch Kulturdirektor – noch ein paar Worte zum neuen Kulturförderungsgesetz sagen. Gerade die Burgergemeinden sind ja auch aktiv im Kulturbereich.

Tout d'abord, quelques mots sur l'avenir institutionnel du Jura bernois:

Le 20 février 2012,

- dix-huit ans après la signature de l'Accord du 25 mars 1994 instituant l'Assemblée interjurassienne (AIJ),
- six ans et demi après l'accord du 7 septembre 2005 donnant mandat à l'AIJ d'étudier ce que serait, en termes institutionnels, une nouvelle entité de type cantonal à six communes
- près de 3 ans après le dépôt du rapport final de l'AIJ,

les deux gouvernements cantonaux bernois et jurassien ont signé une déclaration d'intention sur l'organisation de votations populaires simultanées dans le canton du Jura et dans le Jura bernois, afin que les populations concernées puissent se prononcer sur l'avenir institutionnel de la région.

Cet accord exprime la ferme volonté des deux Gouvernements de régler politiquement ce qui subsiste du conflit jurassien, dans l'esprit de l'entente confédérale et le respect intégral du droit.

La signature d'une Déclaration d'intention s'inscrit donc dans la continuité des travaux de l'Assemblée interjurassienne et de la qualité des relations étab-

lies entre le canton du Jura et le canton de Berne. D'aucuns disent que le canton de Berne aurait fait trop de concessions en signant cet accord. Je ne suis pas de cet avis. Tout au contraire. Je crois que les pas que le Gouvernement jurassien a faits dans notre direction, sont tout aussi importants.

Cet accord est imprégné de deux principes fondamentaux qui me sont chers :

- la confiance
- et la démocratie.

Le Gouvernement bernois veut résoudre ce qui reste de la Question jurassienne par une démarche de confiance.

De la confiance entre les deux Gouvernements d'une part. Ainsi, tous les points qui pourraient figurer dans un tel accord, comme la dissolution des deux délégations gouvernementales aux affaires jurassiennes, ne sont pas réglés : ce qui nous importait, c'était d'obtenir du canton du Jura un engagement sur un règlement définitif du conflit jurassien une fois la procédure prévue dans la déclaration d'intention terminée.

Et nous sommes convaincus qu'après un non du Jura bernois à la création d'un nouveau canton et, le cas échéant, après un vote des communes qui désireraient se prononcer sur un changement de canton, la question sera réglée. Il est inimaginable en effet que les autorités du canton du Jura continuent leur politique jurassienne actuelle après leur engagement écrit dans la déclaration d'intention, un engagement fait sous l'égide de la Confédération.

D'autre part, la démarche repose sur la confiance en la population. Certains peuvent en douter s'ils le veulent, mais je préside un Gouvernement qui fait pleine confiance à sa population qui prendra, il en est convaincu, la meilleure décision pour elle. Et je suis convaincu aussi que ce sera la solution proposée par le Gouvernement : le maintien du Jura bernois dans le canton de Berne. J'y reviendrai.

La démarche est également imprégnée par l'idée même de la démocratie. La Suisse a toujours résolu ses problèmes et ses conflits par la démocratie. Le monde entier – ou presque – nous envie cette faculté. On ne verrait pas très bien pourquoi ce principe ne pourrait pas être appliqué en l'espèce. Avec une décision du peuple, les choses seront claires et nous pourrons, pour reprendre les termes de mon cher collègue du Jura bernois, Philippe Perrenoud, « enfin passer à autre chose » !

Parfois on a comparé le débat avec les années 70 et on a peur – j'ai beaucoup de compréhension pour cela – des vieux démons, des conflits qui pourraient surgir lors d'une telle campagne de votation. Mais

nous ne sommes plus dans les années 70. Nous sommes dans les années 2010. Le monde a évolué. Les esprits ont évolué. Dépassons ces vieux conflits.

Réjouissons-nous de cet événement

- parce qu'il permettra de débattre, je l'espère et j'en suis convaincu à la fois, dans le respect mutuel des uns et des autres, de deux projets pour la région,
- parce qu'il permet de mobiliser les intelligences et les enthousiasmes politiques de notre région,
- et parce qu'il ouvre un avenir motivant aux uns et aux autres et débouchera sur un acte éminemment démocratique, donc légitime: celui d'un vote !

Sur le fond, j'aimerais vous dire ceci :

En tant que Président du Gouvernement bernois, en tant que Directeur de l'instruction publique, en tant que citoyen, mon cœur penche évidemment pour le maintien du Jura bernois dans le canton de Berne.

De son côté, le Gouvernement bernois a toujours exprimé son attachement au Jura bernois en formulant le vœu que la région demeure dans le canton de Berne. Et j'aimerais insister ici sur ce point.

Il a déclaré à plusieurs reprises déjà que le maintien du Jura bernois dans le canton de Berne était dans l'intérêt

- du Jura bernois,
- du canton de Berne et
- de la Confédération suisse. C'est dans cet esprit, qu'il a pris l'engagement d'étudier avec le Conseil du Jura bernois (CJB) les moyens de faire évoluer le statut particulier du Jura bernois.

Je suis partisan du maintien

- Pas parce qu'il en a toujours été ainsi,
- pas parce que je suis un conservateur assoiffé de stabilité,
- pas parce que je suis un Suisse allemand carré (au fond les Suisses allemands carrés existent-ils plus que les Suisses romands carrés?).

Mon cœur penche pour le maintien du Jura bernois dans le canton de Berne

- parce que j'apprécie la présence de francophones dans mon canton,
- parce qu'ils enrichissent l'horizon culturel, scolaire, politique et économique de mon canton,
- parce qu'ils font de mon canton une entité bilingue précieuse et exemplaire pour l'ensemble de notre pays,
- parce qu'ils facilitent les dynamiques de la multiculturalité, de la rencontre avec l'autre d'où qu'il vienne,
- parce que j'aime être dans le Jura bernois pour travailler, débattre, rire et être sérieux, comme aujourd'hui,

- parce que j'ai vécu le Statut particulier depuis son entrée en vigueur, qu'il m'a convaincu de sa pertinence et qu'il m'a permis de mieux comprendre et de mieux défendre une minorité linguistique qui ne manque pas de rappeler à juste titre sa présence, sa spécificité et son originalité, ses revendications aussi,

parce que je ne peux que me réjouir à l'idée de définir avec les partenaires du Jura bernois les grandes lignes d'un Statu quo + ! Enfin, si le Jura bernois devait quitter le canton de Berne, je serais triste, certainement, triste d'un départ – si l'on peut dire ainsi – de tant de francophones de mon canton, mais je saurais aussi accepter leur départ si tel est leur vœu et tout mettre en œuvre pour le rendre possible.

Nous avons la chance de pouvoir vivre ce moment de l'histoire et mon seul vœu c'est que nous puissions bien le vivre !

Wichtig ist zu wissen: Für den Kanton Bern ist das Thema «französischsprachige Minderheit» nicht einfach erledigt, wenn die Abstimmung in unserem Sinne ausgeht. Vielmehr braucht eine sprachliche und kulturelle Minderheit von 8 % der Bevölkerung immer eine Art Sonderbehandlung. Es ist eben nicht das Gleiche, Einwohner des Emmentals, der Stadt Bern, des Oberlands, usw. – alles Minderheiten in unserem Kanton – zu sein oder aber Teil einer sprachlichen Minderheit.

Sprachliche und kulturelle Minderheiten – das zeigt sich überall auf der Welt – brauchen besonderen Schutz, weil sonst ihre Möglichkeiten, sich zu entwickeln, abgeschnitten werden. Selbstverständlich brauchen auch die anderen Regionen Schutz und Freiräume, um sich zu entwickeln. Und das garantiert ja der Kanton Bern in grossem Ausmass. Das nennt sich Regionalpolitik.

Bei der kulturellen Minderheit der Frankophonen ist diese Regionalpolitik ein besonders Anliegen, welches sich in der Verfassung und im Sonderstatut niederschlägt. Noch einmal: Ohne die 50 000 Bernjurassierinnen und Bernjurassier der insgesamt rund 80 000 Romands im Kanton Bern ist nicht klar, ob der Kanton Bern wirklich zweisprachig bleiben und weiterhin seine Rolle als Bindeglied zwischen der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz gewährleisten könnte. Und wir würden als Bernerinnen und Berner eine wichtige kulturelle Bereicherung verlieren.

Noch ein letztes Wort zu dieser Frage:

Die Absichtserklärung vom 20. Februar 2012 sieht zwei gleichzeitige Abstimmungen auf Regionsebene vor:

- eine im Kanton Jura und
- eine im Verwaltungskreis Berner Jura.

Dabei geht es darum, ob ein Verfahren zur Gründung eines neuen Kantons – bestehend aus dem Gebiet des heutigen Berner Juras und aus dem Gebiet des heutigen Kantons Jura – einzuleiten ist.

Fallen die Ergebnisse beider Abstimmungen positiv aus, werden die beiden Kantonsregierungen eine interkantonale Vereinbarung verfassen, die das weitere Verfahren beschreibt. Diese Vereinbarung hat Verfassungsrang und wird dem gesamten Berner Volk vorgelegt. Dann wird auch die deutschsprachige Berner Bevölkerung dazu Stellung nehmen können.

Fällt hingegen das Ergebnis mindestens einer Abstimmung negativ aus, wird das Vorhaben, einen neuen Kanton zu gründen, fallengelassen.

Die Absichtserklärung umfasst aber auch einen Artikel zum Recht der Gemeinden:

Falls das Projekt «Gründung eines neuen Kantons» abgelehnt wird, kann eine bernjurassische Gemeinde innert zwei Jahren die Durchführung einer Gemeindeabstimmung über den Übertritt der Gemeinde zum Kanton Jura verlangen. Und umgekehrt, falls der Gründung eines neuen Kantons Jura zugestimmt würde, kann eine bernjurassische Gemeinde innert zwei Jahren die Durchführung einer Gemeindeabstimmung über den Verbleib der Gemeinde im Kanton Bern verlangen.

Diese Abstimmung ist von den Gemeinden und nicht vom Kanton organisiert. Diese Möglichkeit haben die Gemeinden auf Grund des Gemeindegesetzes schon heute, wenn sie sie in ihrer Gemeindeordnung vorsehen. Unabhängig von der Vereinbarung mit dem Kanton Jura. Festgelegt ist aber in der Absichtserklärung, dass die beiden Regierungen die entsprechenden Entscheide der Gemeinden akzeptieren würden und nach 2 Jahren der Konflikt definitiv beigelegt ist.

Zuerst folgt nun in beiden Kantonen die Vernehmlassung. Dann werden die Parlamente die gesetzlichen Grundlagen für die Abstimmungen beschliessen. Im Kanton Bern ist eine Änderung des Sonderstatutgesetzes nötig. Das Ziel ist, die regionale Abstimmung im November 2013 durchzuführen. Am Schluss sollte die Jurafrage aus Sicht des Regierungsrats des Kantons Bern gelöst sein.

Kommen wir nun zum Thema Gemeindefusionen. Es läuft einiges an der Fusionsfront in unserem Kanton. Bern ist aber nach wie vor der Kanton mit den meisten Klein- und Kleinstgemeinden. «Der Kanton Bern will starke und leistungsfähige Gemeinden, die ihre Aufgaben eigenverantwortlich und in der gebotenen Qualität erfüllen können.» Das besagte bereits der Bericht des Regierungsrats an den Grossen Rat aus dem Jahr 2000, und das gilt auch heute noch.

Am 1. Juni 2005 ist das Gemeindefusionsgesetz in Kraft getreten. Mit finanziellen Anreizen sollen freiwillige Zusammenschlüsse von Einwohnergemeinden und Gemischten Gemeinden gefördert werden.

In der Märzsession 2012 hat der Grosse Rat eine zusätzliche Optimierung der Förderung von Gemeindezusammenschlüssen beschlossen – durch die Lockerung der Bestandesgarantie der Gemeinden. Am 23. September 2012 findet die Volksabstimmung dazu statt, per 1. Januar 2013 könnte die Vorlage in Kraft treten. Mit der Vorlage erfolgt eine moderate Lockerung der Bestandesgarantie. Zwang soll in jedem Fall nur als ultima ratio zur Anwendung kommen. Der Fokus bei der Fusionsförderung liegt weiterhin klar auf der Freiwilligkeit. Kommen wir zur für Sie entscheidenden Frage: sind auch die Burgergemeinden von Fusionen der politischen Gemeinde betroffen?

Kurz gesagt: nein. Die Zusammenschlüsse von politischen Gemeinden haben grundsätzlich keine direkten Auswirkungen auf die Burgergemeinden. Allerdings kann eine Gemeindefusion indirekte Auswirkungen auf die betroffenen Burgergemeinden haben, wenn diese in einem Nutzungsreglement Bezug nehmen auf die Einwohnerinnen und Einwohner der politischen Gemeinde. Soll der Kreis der Nutzungsberechtigten nicht mit der Vergrößerung der politischen Gemeinde steigen, müssen Burgergemeinden allenfalls vor der Gemeindefusion ihre Reglemente anpassen.

Unabhängig von ihren politischen Gemeinden kann das Thema Zusammenschlüsse auch für Burgergemeinden aktuell sein. Kennen Sie doch ähnliche Probleme und Herausforderungen wie die politischen Gemeinden. Die Anforderungen an die Körperschaften und somit auch an die Bürgerinnen und Bürger, die in den Behörden, Organen oder in der Verwaltung mitarbeiten, sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. einerseits ist die Gesetzgebung fordernder geworden, andererseits sehen sich viele Burgergemeinden und Korporationen mit „Nachfolgesorgen“ konfrontiert. Gerade in kleineren Körperschaften finden sich nicht mehr genügend Personen, die die erforderlichen Ämter besetzen wollen oder die Aufgaben erfüllen können. Der Kanton Bern versucht, betroffenen Burgergemeinden und Korporationen Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen und unterstützt sie.

Insbesondere Burgergemeinden mit finanziellen Problemen, so es solche überhaupt gibt, werden vom zuständigen Amt für Gemeinden und Raumordnung eng begleitet. Der Kanton hat zusammen mit dem Verband bernischer Burgergemeinden und burgerlicher Korporationen ein Konzept erarbeitet, das diesen Körperschaften Wege aufzeigt, wie sie sich anders organisieren oder die Zusammenarbeit

mit anderen gemeinderechtlichen Körperschaften realisieren können.

Die Beratung und Begleitung der Gemeinden und Burgergemeinden durch die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion ist fast genau so wichtig wie die finanziellen Anreize. Scheuen Sie sich nicht, sich zu melden.

Sehr geehrte Damen und Herren, kommen wir zum Schluss zum Bereich Kultur.

Die Burgergemeinden fördern und unterstützen ein aktives Kultur- und Gesellschaftsleben. Der Kanton Bern ist vom vielfältigen Nutzen der Kultur überzeugt: Deshalb hat er sich zum Ziel gesetzt,

- die Kultur breit zu fördern und
- ihr in all ihren anerkannten Facetten möglichst gute Rahmenbedingungen zu verschaffen.

Wir wollen der Bevölkerung ein vielfältiges Angebot in allen Sparten und Regionen bieten:

- von Tavannes bis auf den Ballenberg,
- von Paul Klee bis zum Grafikbüro destruct,
- vom Symphonieorchester bis zur Kleinkunstsborse in Thun.

Denn wir sind überzeugt: Die Vielfalt des kulturellen Lebens stellt eine besondere Qualität des Kantons Bern dar.

Mit der 2009 vom Grossen Rat verabschiedeten Kulturstrategie hat der Kanton die Eckpunkte seiner Kulturpolitik abgesteckt. Wichtig ist, dass wir uns stets unserer unterschiedlichen Rollen in der Kulturförderung bewusst sind: Der Kanton als Partner, als Mitfinanzierer und Mitgestalter, der um den Ausgleich unter den Regionen bedacht sein muss, der im Idealfall dazu beitragen kann, dass seine Partner ihre Stärken noch besser ausspielen können. In der Kulturförderung ist der Kanton nur ein Akteur unter vielen; Kulturförderung passiert immer im Verbund: Der Kanton Bern beteiligt sich nur dann an der Finanzierung, wenn auch die Wohn- oder Standortgemeinde sowie gegebenenfalls Dritte – z.B. Bund, Stiftungen, Wirtschaft, Private oder eben Sie, die Burgergemeinden – ihren Teil leisten. Zudem wären viele Projekte ohne das gemeinnützige Engagement von Freiwilligen oder Laien nicht durchführbar.

In der Märzsession 2012 hat der Grosse Rat mit grossem Mehr das total revidierte kantonale Kulturförderungsgesetz in 1. Lesung verabschiedet. Die Totalrevision hat zum Ziel, die kulturellen Institutionen und Projekte zu stärken. D.h. ihnen möglichst optimale Rahmenbedingungen zu bieten.

Die Totalrevision des Kulturförderungsgesetzes bringt die folgenden Verbesserungen:

- Klarere Aufgabenteilung: Das Gesetz enthält Kriterien zur Unterscheidung von kulturellen Institutionen, die einerseits durch den Kanton alleine, an-

dererseits regional durch Kanton und Gemeinden gemeinsam gesteuert und subventioniert werden. Dies klärt Funktionen und Verantwortlichkeiten und vereinfacht die Steuerung.

- Breiter abgestützte Finanzierung/Mitwirkung: Bei der Finanzierung von regionalen Kulturinstitutionen werden Lücken geschlossen. Sämtliche Gemeinden einer Region profitieren von deren kulturellen Angeboten, deshalb leisten alle einen Beitrag daran. Und können so auch mitwirken.
- Klarere Bedingungen und Nachvollziehbarkeit: Die Ziele der Kulturförderung und die Voraussetzungen für kantonale Kulturförderbeiträge werden präzisiert. Das erlaubt ein effizientes und von aussen nachvollziehbares Verwaltungsverfahren.
- Fortschrittlichere Praxis: Die bewährten Fördermassnahmen werden weitergeführt mit einem gezielten Schwerpunkt in der Kulturvermittlung.

Als beabsichtigter Nebeneffekt soll damit die Attraktivität des Kantons als Wohn- und Arbeitsort sowie als Tourismusdestination erhalten und gefördert werden. Die Bevölkerung wiederum soll von einem guten und vielfältigen Kulturangebot in allen Regionen, in der Stadt und auf dem Land profitieren.

Und damit möchte ich abschliessen und überleiten zum kulturellen und kulinarischen Teil des heutigen Tages. Der Apéro wird begleitet durch die Groupe accordéon Schwyzoises und Cor des Alpes. Während des Mittagessens unterhält uns Aline et Co. – Sie sehen: Kultur! Ich freue mich darauf, und auch auf weitere interessante Gespräche mit Ihnen.

Mesdames et Messieurs, cette matinée a été bien remplie, et il est temps de passer à table. Je vais clore le chapitre «discours et réunion» en remerciant les organisateurs et organisatrices de cette assemblée générale. Je vous souhaite un excellent appétit et une bonne continuation.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen und Ihrem Verband für die Zukunft viel Glück und Erfolg.

Merci de votre attention.

Plädoyer für die Erteilung des Bürgerrechts

Hans Georg Nussbaum, Mitglied des Vorstands

Ausgangslage

Kleinere Burgergemeinden machen sich teilweise Sorgen um ihren Bestand. Vor 1½ Jahren nahm ich an der Burgerversammlung einer Burgergemeinde teil, die lediglich noch 16 stimmberechtigte Angehörige zählt. Kleinstkörperschaften kamen im vergangenen Jahr im Oberland unter Druck des dortigen Regierungsstatthalters und lösten sich teilweise auf oder änderten ihre Rechtsform.

Das neue Namensrecht wird sich ebenfalls auf die Burgergemeinden auswirken, da eine Heirat grundsätzlich keinen Einfluss auf den Familiennamen und erst recht nicht auf den Heimatort hat. In der Folge werden Mann und Frau unterschiedliche Heimorte haben, es sei denn, der eine Ehegatte – bisher der Mann und in Zukunft in gleicher Weise auch die Frau – bewirbt sich im Rahmen des ordentlichen Verfahrens um das Bürgerrecht des anderen Ehegattens.

Burgergemeinden als Personalgemeinden

Burgergemeinden sind Personalgemeinden. Nicht der Wohnsitz ist für die Zugehörigkeit massgebend, sondern das Bürgerrecht erwirbt man durch

- Einkauf in eine Burgergemeinde
- Abstammung von einer Person, die Angehörige der Burgergemeinde ist
- Heirat; bisher galt dies von Gesetzes wegen für die Schweizer Ehefrau, zudem – und auch in Zukunft – für die ausländischen Ehemänner und Ehefrauen aufgrund der erleichterten Einbürgerung durch das Bundesamt für Migration.

Das Bürgerrecht ist in den meisten Fällen abhängig von familiären Verbindungen zu einer anderen Bürgerin oder einem anderen Bürger und geht auch nicht verloren, wenn man aus dem Gemeindegebiet am Ort der betroffenen Burgergemeinde wegzieht. Man hat allenfalls nicht mehr das Stimmrecht; aber dies ist ein anderer Aspekt.

Burgergemeinden als Personalgemeinden sind darauf angewiesen, dass sich ihr Personalbestand regelmässig erneuert – sei es durch Abstammung oder eben durch die Erteilung des Bürgerrechts. Verfolgen die einzelnen Burgergemeinden eine zu restriktive Aufnahmepolitik, riskieren sie, aufgrund sinkender Kinderzahlen langsam vom Aussterben bedroht zu werden.

Kantonale Regelung

Nach Artikel 7 des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG) können Burgergemeinden lediglich Schweizer Bürgerinnen und Bürger als Angehörige aufnehmen. Die Aufnahme von

ausländischen Staatsangehörigen ist somit ausgeschlossen. Das Bürgerrecht einer Burgergemeinde schliesst das Bürgerrecht der entsprechenden Einwohnergemeinde ein (Art. 2 Abs. 3 KBüG).

Bürgerrechtsreglemente

Soweit ersichtlich hat das Amt für Gemeinden und Raumordnung kein Musterreglement für die Erteilung des Bürgerrechts im Internet veröffentlicht; in meinen Unterlagen verfüge ich lediglich über eine Papierversion.

Ich freue mich aber feststellen zu dürfen, dass verschiedene Burgergemeinden in den letzten Jahren Bürgerrechtsreglemente erlassen haben, so die Burgergemeinden Diessbach bei Büren, Bütigen oder Pieterlen, deren Reglement auf ihrer Internetseite abrufbar ist und weitgehend dem Musterreglement entspricht. Auch die Burgergemeinde Herzogenbuchsee ist dabei, ein Bürgerrechtsreglement zu beschliessen oder hat es kürzlich bereits getan.

Voraussetzungen für die Erteilung des Bürgerrechts

Die Erteilung des Bürgerrechts wird meistens an verschiedene Voraussetzungen geknüpft. Neben einem guten Leumund und geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen, was der Nachweis der bezahlten Steuern einschliesst, sind die wichtigsten – und allenfalls auch umstrittensten:

- Verbundenheit zur Burgergemeinde
- Höhe der Einkaufssumme.

Verbundenheit

Die Verbundenheit kann durch die Erfüllung verschiedener Kriterien erreicht werden:

- Die verschiedenen von mir konsultierten Reglemente sehen eine minimale Wohnsitzdauer vor, wobei zwei Jahre das Minimum sind; in der Regel wird eine zehnjährige Wohnsitzdauer verlangt.
- Die Verbundenheit kann durch verwandtschaftliche Bezüge nachgewiesen werden, sei es als Ehemann oder Kinder einer Bürgerin; in Zukunft sollten die Regelungen, die heute für den Ehemann gelten, aufgrund des neuen Namensrechts in gleicher Weise auch für die Schweizer Ehefrau gültig sein.
- Ein weiteres Kriterium ist ein besonderes Engagement zugunsten der Burgergemeinde oder ein langjähriges Arbeitsverhältnis im Dienste der Burgergemeinde.
- Weiters wird teilweise die Übereinstimmung mit dem Leitbild der Burgergemeinde oder die Bereitschaft, in Behörden und Organen mitzuwirken, verlangt.

Die Regelungen sind oft gleich oder zumindest ähnlich ausgestaltet und stellen m.E. – zu Recht – keine unüberwindbaren Hürden vor. Es wäre nämlich schade, wenn die Voraussetzungen für eine ordentliche Einbürgerung so hoch wären, dass niemand sich dafür interessieren würde. Es gilt nämlich zu bedenken, dass ausländische Ehegatten – Ehemänner wie auch Ehefrauen – im Rahmen der erleichterten Einbürgerung durch das Bundesamt für Migration automatisch die Bürgerrechte des Schweizer Ehegatten, somit auch das Bürgerrecht, erwerben.

Höhe der Einkaufssumme

Bürgergemeinden dürfen für die Erteilung des Bürgerrechts eine Einkaufssumme erheben, deren Höhe sie im Reglement frei festlegen dürfen (Art. 15 Abs. 2 KBüG), dies im Gegensatz zu den Einwohnergemeinden oder zum Bundesamt für Migration, die lediglich kostendeckende Gebühren verlangen dürfen. Immerhin sind mit dem Bürgerrecht teilweise gewisse wirtschaftliche Vorteile verbunden – obwohl gerade nicht dem Bürgernutzen das Wort geredet werden soll. Ich denke beispielsweise an die Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen oder Stipendien an jugendliche Bürgerinnen und Bürger.

Aber auch hier gilt, dass die Einkaufssumme nicht so hoch ist, dass niemand sie zu bezahlen gewillt ist. Es gilt ein gewisses Augenmass zu wahren. Schliesslich geht es nicht um eine Gewinnoptimierung, sondern darum, dass wir Personen in Kreis der Bürgerinnen und Bürger aufnehmen, die hinsichtlich der Bürgergemeinde unsere Einstellung, unser Interesse, unser Engagement und unsere Begeisterung teilen.

Die von mir konsultierten Reglemente weisen gewisse Übereinstimmungen auf, wobei sie sich in Details auch unterscheiden. Wichtig scheint mir, dass die Reglemente eine Unterscheidung machen zwischen der Erteilung des Bürgerrechts an Familienangehörige und an übrige Personen, die gerne das Bürgerrecht erwerben möchten, ohne dass sie mit einer Bürgerin oder einem Bürger verwandt sind. Die verwandtschaftliche Verbundenheit ist ein berechtigter Grund für eine reduzierte Einkaufssumme oder für den Verzicht auf eine solche und ist auch mit dem Grundsatz der Rechtsgleichheit vereinbar.

Teilweise wird ganz auf eine Einkaufssumme verzichtet, so z.B. bei Ehegatten und bei unmündigen und sogar bei mündigen Kindern. Teilweise beträgt die Höhe Einkaufssumme für mündige Kinder 1,25 Prozent des steuerbaren Einkommens, wobei eine Bürgergemeinde eine Mindesthöhe von 1'750 Franken vorsieht.

Für Personen ohne verwandtschaftliche Beziehung beträgt die Höhe der Einkaufssumme teilweise pauschal 500 Franken pro Person, teilweise 2,5 Prozent des steuerbaren Einkommens, d.h. das Doppelte als bei verwandten Personen, wobei die damit verbundene Mindesthöhe zwischen 500 und 3'500 Franken variiert. Auffallend ist, dass kein Reglement eine Höchstsumme vorsieht, unabhängig vom prozentualen Anteil, obwohl das Musterreglement dies vorsieht.

Schlussfolgerungen: Plädoyer für die Erteilung des Bürgerrechts

Der Verband bernischer Bürgergemeinden und bürgerlicher Korporationen hat sich in der Vergangenheit schon mehrmals für die grundsätzliche Möglichkeit der Erteilung des Bürgerrechts ausgesprochen. Ich plädiere dafür, dass die Bürgergemeinden vermehrt das Bürgerrecht erteilen sollten.

Es gibt verschiedene Bürgergemeinden, die über moderne Reglemente für die Erteilung des Bürgerrechts verfügen und deren Regelungen sehen Voraussetzungen vor, die durchaus von Personen, die das Bürgerrecht erwerben wollen, erfüllt werden können. Ich gratuliere diesen Bürgergemeinden zu diesen Bürgerrechtsreglementen und hoffe, dass sie diese Reglemente auch tatsächlich umsetzen und bereit sind, das Bürgerrecht zu erteilen.

Diejenigen Bürgergemeinden, die noch keine Bestimmungen über die Erteilung des Bürgerrechts verfügen, lade ich deshalb ein, sich entsprechend Gedanken zu machen und den anderen Bürgergemeinden zu folgen. Die Erteilung des Bürgerrechts durch eine einzelne Bürgergemeinde liegt nämlich nicht nur in deren Interesse, sondern im Interesse aller Bürgergemeinden und bürgerlicher Korporationen.

Je plaide que les communes bourgeoises sont plus favorables en octroyant le droit de bourgeoisie et j'invite les communes bourgeoises de le considerer. L'octroi du droit de bourgeoisie est clairement dans l'intérêt des communes et corporations bourgeoises, sinon elles risquent d'être confrontées à moyen terme par une diminution grave de leurs membres. Je félicite les communes bourgeoises qui suivent déjà une politique d'octroi généreuse.

Plaidoyer pour l'octroi du droit de bourgeoisie

Hans Georg Nussbaum, Membre du comité

Situation initiale

Certaines petites communes bourgeoises s'inquiètent de leur effectif. Il y a un an et demi, j'ai participé à l'assemblée des bourgeois d'une commune bourgeoise ne comptant plus que 16 inscrits. L'année passée dans l'Oberland, des corporations bourgeoises de très petite taille ont subi la pression du préfet local et certaines se sont dissoutes ou ont changé leur forme juridique.

Le nouveau droit du nom aura également des conséquences sur les communes bourgeoises, puisqu'un mariage n'aura en principe pas d'influence sur le nom de famille, et encore moins sur le lieu d'origine. En conséquence, l'homme et la femme auront des lieux d'origine différents, à moins que l'un des époux – jusqu'à présent l'homme et à l'avenir également la femme – ne se candidate dans le cadre de la procédure ordinaire au droit de bourgeoisie de l'autre époux. Les communes bourgeoises en tant que communes personnelles

- Les communes bourgeoises sont des communes personnelles. Ce n'est pas le domicile qui est déterminant pour l'appartenance, mais le droit de bourgeoisie est acquis par achat dans une commune bourgeoise.
- Descendance d'une personne qui est membre d'une commune bourgeoise
- Mariage; jusqu'à présent, ceci s'appliquait de par la loi à l'épouse suisse, ainsi que – et à l'avenir également – aux épouses et époux étrangers sur la base de la naturalisation facilitée par l'Office fédéral des migrations.

Dans la plupart des cas, le droit de bourgeoisie dépend de liens familiaux avec une autre bourgeoise ou un autre bourgeois, et ne se perd pas lorsque l'on déménage de la région de la commune au lieu de la commune bourgeoise concernée. Il se peut que l'on perde le droit de vote; mais ceci est un autre aspect.

En tant que communes personnelles, les communes bourgeoises dépendent du renouvellement régulier de leur effectif, que ce soit par filiation ou justement par l'octroi du droit de bourgeoisie.

Si les différentes communes bourgeoises appliquent une politique d'admission trop restrictive, elles risquent d'être menacées d'extinction en raison de la natalité en baisse.

Réglementation cantonale

En vertu de l'article 7 de la loi sur le droit de cité cantonal et le droit de cité communal (LDC), les communes bourgeoises peuvent admettre comme

membre uniquement des citoyennes et citoyens suisses. L'admission de ressortissants étrangers est dès lors exclue. Le droit de bourgeoisie d'une commune bourgeoise inclut le droit de cité de la commune municipale correspondante (art. 2 al. 3 LDC).

Règlements du droit de bourgeoisie

Selon mes observations, l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire n'a pas publié de règlement pour l'octroi du droit de bourgeoisie; dans mon dossier, je ne dispose que d'une version papier.

Je me réjouis toutefois de pouvoir constater que les différentes communes bourgeoises ont édicté ces dernières années des règlements relatifs au droit de bourgeoisie. C'est le cas des communes bourgeoises de Diessbach bei Büren, Bütigen ou Pieterlen, dont le règlement peut être consulté sur leur site Internet et correspond dans une large mesure au règlement modèle. La commune bourgeoise de Herzogenbuchsee est sur le point d'adopter un règlement du droit de bourgeoisie, ou l'a déjà fait récemment.

Conditions de l'octroi du droit de bourgeoisie

L'octroi du droit de bourgeoisie est d'ordinaire rattaché à différentes conditions. Outre une bonne réputation et une situation financière ordonnée, ce qui comprend la preuve du paiement des impôts, les principales conditions – et parfois les plus controversées – sont les suivantes:

- attachement à la commune bourgeoise;
- montant de l'achat.

Attachement

- L'attachement peut être atteint par la réalisation de différents critères:
- Les différents règlements que j'ai consultés prévoient une durée minimale de domicile, deux ans étant le minimum absolu; en règle générale, une durée de dix ans est exigée.
- L'attachement peut être prouvé par des liens de parenté, que ce soit comme mari ou enfants d'une bourgeoise; à l'avenir, les réglementations s'appliquant aujourd'hui à l'époux devraient s'appliquer de la même manière à l'épouse suisse en raison du nouveau droit du nom.
- Un autre critère est un engagement particulier en faveur de la commune bourgeoise, ou un rapport de travail de longue durée au service de celle-ci.
- Par ailleurs, la conformité avec le modèle de la commune bourgeoise ou la disposition à collaborer aux autorités et aux organes est exigée dans certains cas.

- Les réglementations ont souvent une teneur similaire, voire identique, et ne constituent à mon avis – à juste titre – pas des obstacles infranchissables. Il serait dommage que les conditions d'acquisition formelle du droit de bourgeoisie soient si élevées que personne ne s'y intéresse. En effet, il convient de considérer que les conjoints étrangers – aussi bien épouses qu'époux – acquièrent automatiquement dans le cadre de la naturalisation facilitée par l'Office fédéral des migrations les droits de cité des conjoints suisses, à savoir également le droit de bourgeoisie.

Montant de l'achat

Pour l'octroi du droit de bourgeoisie, les communes bourgeoises peuvent percevoir un prix dont elles peuvent fixer librement le montant dans le règlement (art. 15 al. 2 LDC), ceci contrairement aux communes municipales ou à l'Office fédéral des migrations, qui peuvent exiger uniquement des émoluments ne dépassant pas la couverture des coûts. Toujours est-il que certains avantages économiques sont parfois liés au droit de bourgeoisie – et ceci quand bien même il ne faudrait justement pas défendre la cause des avantages des bourgeois. Je pense par exemple au versement de contributions de formation ou de bourses aux jeunes bourgeois et bourgeois.

Mais ici également, il s'agit d'éviter que le prix d'achat soit si élevé que personne ne soit disposé à le payer. Il faut garder un certain sens de la mesure. En fin de compte, il ne s'agit pas d'optimiser les gains, mais d'admettre dans le cercle des bourgeois et bourgeois des personnes partageant en ce qui a trait à la commune bourgeoise notre conception, notre intérêt, notre engagement et notre enthousiasme.

Les règlements que j'ai consultés coïncident sur certains points, mais divergent également sur des détails.

Il me semble important que les règlements fassent la différence entre l'octroi du droit de bourgeoisie aux membres de la famille et aux autres personnes qui aimeraient bien acquérir le droit de bourgeoisie sans être apparentés à une bourgeoise ou à un bourgeois. Le lien de parenté est un motif fondé de réduction du prix d'achat ou de renonciation au versement de celui-ci, étant au demeurant compatible avec le principe d'égalité devant la loi.

Il arrive qu'il soit renoncé entièrement au prix d'achat, par exemple pour les époux, les mineurs et même les enfants majeurs. Dans certains cas, le montant du prix d'achat pour les enfants majeurs est de 1,25 % du revenu imposable, la commune bourgeoise prévoyant un montant minimum de 1750 francs.

Pour les personnes sans lien de parenté, le prix d'achat correspond dans certains cas à un montant forfaitaire de 500 francs par personne, et dans d'autres à 2,5 % du revenu imposable, c.-à-d. le double de celui des parents, le montant minimum y relatif variant entre 500 et 3500 francs. Il est frappant qu'aucun règlement ne stipule de montant maximum, indépendamment du pourcentage, bien que le règlement modèle le prévoit.

Conclusions: plaidoyer pour l'octroi du droit de bourgeoisie

Par le passé, l'association bernoise des communes et corporations bourgeoises s'est déjà prononcée plusieurs fois en faveur de la possibilité de principe de l'octroi du droit de bourgeoisie.

Je plaide pour que les communes bourgeoises octroient plus souvent le droit de bourgeoisie.

Il existe différentes communes bourgeoises disposant de règlements modernes pour l'octroi de la bourgeoisie, dont les réglementations prévoient des conditions pouvant parfaitement être remplies par les personnes désirant acquérir le droit de bourgeoisie. Je félicite ces communes bourgeoises pour ces règlements, et j'espère qu'elles vont réellement les appliquer et qu'elles sont disposées à octroyer le droit de bourgeoisie.

J'invite par conséquent les communes bourgeoises ne disposant pas encore de règlements concernant l'octroi du droit de bourgeoisie à se pencher sur la question et à suivre la voie des autres communes bourgeoises. En effet, l'octroi du droit de bourgeoisie par une commune bourgeoise n'est pas seulement dans son propre intérêt, mais aussi dans celui de toutes les communes et corporations bourgeoises.

Je plaide pour que les communes bourgeoises soient plus favorables en octroyant le droit de bourgeoisie et j'invite les communes bourgeoises à le considérer. L'octroi du droit de bourgeoisie est clairement dans l'intérêt des communes et corporations bourgeoises, sinon elles risquent d'être confrontées à moyen terme à une diminution grave de leurs membres. Je félicite les communes bourgeoises qui suivent déjà une politique d'octroi généreuse.

Impressum

| | |
|---------------|---|
| Herausgeber | Verband bernischer Bürgergemeinden und burgerlicher Korporationen VBBG Amthausgasse 5 3000 Bern 7 |
| | Telefon 031 328 86 07 / Fax 031 328 86 09 vbbg@bgbern.ch |
| Redaktion | Andreas Kohli, Peter Michel |
| Lektorat | Stéphanie von Erlach Inputs!, Bern |
| Übersetzungen | TranScript, Bern |
| Fotos | Christoph Heilig, Lucas Prêtre |
| Auflage | 400 Exemplare |
| Druck | Peter Gaffuri AG, Grafisches Zentrum Bern |

